



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politische Rundschau : (die Kriegswahrscheinlichkeit und die innere Lage.)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Konstantinopel zurückkehrten, zögerten sie nicht länger, ihre Zustimmung zu der von Czajkowskij getroffenen Wahl zu geben. Am 16. April 1846 wurde ein förmlicher Vertrag mit dem inzwischen völlig übergetretenen Ambrosius geschlossen, als Kosaken verkleidet pilgerten die drei Männer in ihr Kloster und unter allgemeinem Jubel wurde der neue Erzbischof in sein Amt eingeführt.

Die Sache konnte in der That von der höchsten Wichtigkeit werden. Gelang es, Ambrosius bei allen, auch den in Rußland lebenden Sectirern der hierarchischen Observanz, Anerkennung zu schaffen, so war der Schwerpunkt einer im russischen Reich Millionen von Anhängern zählenden fanatischen Gemeinschaft thatsächlich in eine abgelegene österreichische Provinz verlegt und außerrussischen Einflüssen anheimgegeben. Bei der in der Türkei und im Grunde auch in den österreichischen Grenzländern herrschenden Anarchie, und dem großen Einfluß der in der Türkei lebenden Polen, war es keineswegs unwahrscheinlich, daß das Erzbisthum von Bjełokrinitza zum Mittelpunkt einer gefährlichen Agitation gegen die russische Regierung gemacht wurde, zumal die Nekrassowkosaken beständig geheime Verbindungen mit ihren Brüdern am Don und an der Wolga unterhielten.

Auf die Geschichte des bjełokrinitzischen Erzbisthums werden wir das nächste Mal genauer eingehen. Von besonderem Interesse ist es, das Verhältniß der österreichischen, damals noch von Metternich geleiteten Politik zu diesen Umtrieben näher zu betrachten und auf die Mittel und Wege einzugehen, mittelst welcher die Altgläubigen der Bukowina die Zustimmung des wiener Cabinets zu ihrem Unternehmen erlangten. Wenn diese Episode österreichisch-russischer Wechselwirkungen auch nie eine besondere Bedeutung erlangt hat, so hat sie doch sicher dazu getrieben, den Antagonismus zwischen den Regierungen der beiden Kaiserstaaten zu schüren.

Politische Rundschau.

(Die Kriegswahrscheinlichkeit und die innere Lage.)

× Leipzig, Anfang August.

Das Gefühl des Unbehagens, das seit Erledigung der luxemburger Angelegenheit in der deutschen Luft liegt, allenthalben durch die Erwartung neuer

Verwicklungen mit Frankreich, in Preußen noch durch die Händel der liberalen Parteien, in den annectirten Ländern durch die verschiedenen Oelroyirungsmaßregeln, in den Bundesstaaten durch die neuen Steuerumlegungen, jenseit des Main durch die völlige Rathlosigkeit bezüglich der nächsten Zukunft genährt wird — es scheint während der Wochen, welche die ruhigsten des Jahres zu sein pflegen, seinen Höhepunkt erreicht zu haben. Während rings peinlichste Windstille herrscht, sind die Augen unverwandt auf die Wetterfahne gerichtet; jeder mann ist daran gelegen, die Anzeichen des nächsten Sturms möglichst zeitig gewahr zu werden. Der kleinste Windstoß, der von Kopenhagen oder von Paris herüberweht, wird für den directen Vorboten des großen Wetters gehalten, das man für unausbleiblich hält. Erwartet doch jede Fraction von äußern Ereignissen die Gelegenheit zur Entfaltung ihres Banners, das regungslos am Fahnenstock herunter hängt und nicht einmal durch die Luftströmungen in Bewegung gesetzt wird, welche zuweilen das Sturmfähnchen auf dem Dache knarren machen. Die Ueberzeugung, daß ein Krieg mit Frankreich vor der Thüre stehe, ist so allgemein verbreitet, bildet einen so integrirenden Theil jedes Parteiprogramms, daß es erklärlich ist, wenn ferner stehende Beobachter der deutschen Zustände bereits von der Kriegsluft unfres Volks fabeln. Und in der That scheint es, als ob eine auswärtige Verwicklung nothwendig sei, das stockende Leben wieder in Fluß zu bringen und die Situation abzuklären. „Ihr glaubt einen Großstaat begründet zu haben, und doch fahrt ihr bei jedem Lärm zusammen, seid ihr in eurer auswärtigen Action vorsichtiger und behutsamer denn zu den Zeiten, da ihr noch keine große Rolle spieltet?“ rief ein süddeutsches Blatt neulich Preußen zu und ein relatives Recht kann diesem höhnischen Wort kaum abgesprochen werden. Der ungeheure Eindruck, den neuerdings die französische Depesche in der nordschleswigschen Angelegenheit gemacht hat, die Wichtigkeit, welche man der bevorstehenden Kaiserzusammenkunft in Salzburg zumißt — sie zeugen, ebenso von dem Mißtrauen, das man gegen die imposante Macht hegt, auf welche Deutschland sich thatsächlich stützen kann, wie von der Begierde nach einem raschen Ausweg aus den innern Schwierigkeiten, in denen wir stecken.

Täuschen nicht alle Vorzeichen, so wird uns die mühsame Arbeit der friedlichen Bewältigung der Hindernisse, welche der letzte Sommer übrig gelassen, wenigstens für die nächste Zukunft nicht erspart bleiben, liegt die Kriegsgefahr entfernter, als man glaubt. Es ist vielleicht nicht unrichtig, was ein französischer Beobachter der *Revue des deux mondes* vor einigen Tagen aus Deutschland schrieb, daß die Deutschen, seit sie im eignen Hause vollauf zu thun haben, fremde und besonders französische Zustände nicht mehr so richtig beurtheilen, wie in früherer Zeit, und daß sie sich die Stimmung Frankreichs kriegerischer denken, als sie thatsächlich ist. Jener Reisende macht darauf aufmerksam, daß man in Bezug auf die Kammerreden der französischen Opposition den Unterschied übersehe,

der zwischen den Angriffen zu machen sei, die wirklich Preußen gelten und denen, welche Preußen nur treffen, weil die Politik dieses Staats von der französischen Regierung gebilligt und wenigstens der Opposition gegenüber in Schutz genommen worden; er deutet ferner an, daß diese Verwechslung um so natürlicher sei, als die wahre Meinung der französischen Nation nicht durchzubringen vermöge und das Ausland eigentlich immer nur das kaiserliche Frankreich sehe. Daß die innern Zustände unsres westlichen Nachbarstaates einen dauernden Frieden nicht wahrscheinlich machen, daß die Verlegenheiten des zweiten Kaiserreichs diesem die Versuchung nahe legen, die Unzufriedenheiten der Nationen nach außen abzuleiten, soll darum keineswegs geläugnet werden. Weil ein französisch-deutscher Krieg Preußen aber noch größere Dienste leisten würde als dem dritten Napoleon, und weil Frankreich das weiß, werden die kriegerischen Entschlüsse des pariser Cabinets immer wieder hinausgeschoben. So groß auch die Zahl der innern Feinde Preußens sein mag, von der Zahl derer, die auf den Umsturz des napoleonischen Throns rechnen, wird sie sicherlich übertroffen und die Partei, welche aus dem Bruch des Friedens Capital gegen die Regierung zu schlagen den Versuch machen würde, ist in Frankreich sehr viel größer, als in Deutschland. Es ist nicht ohne Interesse, den erwähnten Correspondenten der forcadeschen Revue über diesen Punkt, d. h. über die Kriegsstimmung, auf welche Preußen rechnen kann, urtheilen zu hören. „Auch die Deutschen,“ schreibt er unter dem frischen Eindruck der empfangenen Reiseeindrücke, „haben ihre Monroe-Doctrin; wer diese verletzen wollte — und das würde nicht nur durch die Occupation deutscher Landestheile, sondern durch jede äußere Einmischung in ihre innern Angelegenheiten geschehen —, der kann sicher sein, sie in's gesamt gegen sich zu vereinigen. Seit dem Krimkriege sind die Deutschen fest davon überzeugt, daß der Kaiser Napoleon nur auf die Gelegenheit warte, um mit ihnen Kriege anzufangen und die Schwäche, welche die französische Regierung im Jahre 1866 bewies, hat sie in dieser Ueberzeugung nicht irre gemacht, weil man wohl wußte, daß die kaiserliche Regierung damals nicht kampfbereit gewesen sei. Man glaubt noch gegenwärtig, daß nicht nur der Kaiser kriegerisch gesinnt sei, sondern daß er zugleich durch die kriegerischen Leidenschaften seines Volks gedrängt werde und darum meint man, daß, wenn der Krieg einmal unvermeidlich sei, es am besten sei, ihn nicht länger hinauszuschieben. Einen Krieg provociren wollen die Deutschen nicht, aber sie sind durchaus nicht gewillt, demselben aus dem Wege zu gehen. Sie beklagen diesen Krieg, aber sie willigen in ihn, wie in ein nothwendiges Uebel, und ist er einmal begonnen, so werden sie ihn, um möglichst bald ans Ende zu kommen, mit Leidenschaft führen.“ Diese Aussprüche sagen nichts Neues, sie beweisen aber, daß man unsre Situation jenseit des Rheins ebenso genau kennt, wie diesseit desselben, und daß man sich über die zu Gunsten Preußens sprechenden Chancen keine Illusionen macht. Weil man sehr genau weiß, daß eine französische Kriegserklärung alle Beschwerden der deutschen Vormacht verbündeten und annexirten Länder zum Schweigen bringen und den Eintritt des Südens in den norddeutschen Bund beschleunigen würde, schiebt man es möglichst hinaus, dem gefürchteten Gegner diesen Dienst zu erweisen und gleichzeitig die eigne Existenz auf die Karte zu setzen. Während Preußen sicher darauf rechnen kann, die gefährlichsten seiner innern Feinde durch eine auswärtige Gefahr zum Schweigen gebracht zu sehen, würde die französische Regierung durch eine solche die Thiers und Jules Favre, die mexikanischen Staatsgläubiger und die unversöhnten Republikaner und Legitimisten nicht los; so großartig sich auch der Nationalstolz und die Hingebung des französischen Volks zu Zeiten der Gefahr stets bewiesen haben — der Unterschied zwischen

einem Kriege, in welchem es sich klos um die Dynastie handelte und einem solchen, der die Existenz des gesammten Staats aufs Spiel setzt, würde sich dennoch und zwar zu Gunsten Deutschlands geltend machen. Der gegenwärtige Zustand, der Preußen zu steten Rücksichten auf Frankreich zwingt, ist dem französischen Kaiser sehr viel vortheilhafter als dem Grafen Bismarck; verwandelt die Kriegsgefahr sich in eine Kriegsrealität, so würde genau das umgekehrte Verhältniß eintreten.

Unter so bewandten Umständen wird die ultima ratio wohl noch eine Zeit lang andern Auskunfts Mitteln zur Fristung der napoleonischen Herrschaft Platz lassen müssen; noch sind die in Deutschland streitenden Gegensätze nicht genugsam zugespitzt, als daß sie auch im Kriegsfall unversöhnt bleiben sollten und das wird Frankreich abzuwarten versuchen, ehe es wirklich zum Schwert greift. Die vielgefürchtete salzburger Zusammenkunft wird die Krisis schwerlich beschleunigen. „Oestreich gegenwärtig schon in einen europäischen Krieg zu unsern Gunsten hineinziehen,“ bemerkte ein französisches dem Kaiserstaat freundlich gesinntes Blatt neulich, „hiesse uns einen sehr schwachen Alliirten geben und diesen selbst tödten. Oestreichs Aufgabe kann allein darin bestehen, seine Wunden zu heilen. Zieht man von den österreichischen Staatseinnahmen die Ausgaben für Erhaltung der Armee und Flotte und die Renten für die Staatsschuld ab, so bleiben 25 Millionen Gulden übrig —, mit Berechnung des Coursverlustes also kaum 40 Millionen Francs — und damit sollen Hof, Justiz und Administration bestritten werden! Diese Summe bleibt hinter der jährlichen Einnahme Belgiens, ja selbst der Stadt Paris zurück.“ Die Mehrzahl der wiener Blätter — und zwar der liberalen — redet eine ähnliche Sprache und wollte Herr v. Beust sich wirklich auf kriegerische Unternehmungen einlassen, so würde er die Partei, auf welche er sich stützt, binnen kurzem zu seiner entschiedensten Gegnerin haben. Hat das pariser Cabinet vor der salzburger Conferenz ein friedliches Einlenken für rathsam gehalten und dadurch zu erkennen gegeben, daß es sich seiner isolirten Lage wohl bewußt ist, so wird es aus einem Zusammentreffen mit dem mindest kriegsbereiten und mindest kriegslustigen unter seinen möglichen Alliirten schwerlich neue Kriegslust schöpfen.

Es ist aber gradezu ein Mißbrauch der Sprache, wenn man diejenigen, welche die Perpetuirung des gegenwärtigen Zustandes und das Hinausschieben der französischen Kriegsabsichten für wahrscheinlich halten, Optimisten nennt. Nicht der Frieden ist der Güter höchstes, sondern die Friedenssicherheit; ein Frieden, der von der Hand in den Mund lebt und an den Chancen des künftigen Kriegs zehrt, ist sicherlich schlimmer als der Krieg selbst und legt uns die Erinnerung an den alten Spruch nah, „Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende“. Je länger die unsichere Situation, in der wir stecken, dauert, desto größer werden die Anforderungen, welche an den künftigen Krieg zu stellen sind, desto mehr bleibt für diesen zu thun übrig, namentlich auf dem Gebiet der inneren Politik. So allgemein auch der Glaube an die Unvermeidlichkeit einer französischen Verwicklung ist, die Wenigsten richten ihr Handeln so ein, daß sie derselben mit gutem Gewissen entgegengehen könnten. Die Gegner Preußens wissen alle miteinander, daß die Störung des Friedens den inneren Hader zum Schweigen bringen würde, daß sie, die heute das Mögliche thun, um die Lage der Regierung zu erschweren, im Kriegsfall einlenken müßten; so fest sie auch an den Krieg glauben, sie sind weit davon entfernt, was einmal unvermeidlich ist, bei Zeiten zu thun und sich dadurch das spätere Einlenken zu ersparen. Mit den vorhandenen Factoren zu rechnen hat der deutsche Radicalismus niemals verstanden und der Particularismus noch weniger — die Anhänger beider Parteien thun vielmehr so, als ob sie jeden Augenblick im Stande wären,

die preußische Spitze durch eine andere zu ersetzen; hört man sie reden, so sollte man glauben, die Mißgriffe der preußischen Regierung in Kurhessen oder Nassau machten Preußen sogleich entbehrlich, entwaffneten Frankreichs Kriegslust, füllten die österreichischen Kassen und erhöhten die Fähigkeit der Cabinete von München oder Stuttgart zur Führung Deutschlands. Und unter den Vielen, welche den Sturmlauf gegen die norddeutsche Bundesverfassung für die heiligste Pflicht des Volksfreundes und Patrioten halten, haben es doch nur Wenige so weit gebracht, den Umsturz derselben selbst um den Preis einer französischen Einmischung in die deutschen Dinge oder einer Erneuerung der Rheinbundwirthschaft zu wünschen! Die Erkenntniß, daß wir nur die Wahl zwischen dieser und der Unterordnung unter Preußen haben, wird den Massen erst aufgehen, wenn der Krieg da ist und wir können darum nur wünschen, daß jener Franzose, den wir oben behaupten hörten, in Deutschland sei man nicht gewillt, der Erhaltung des Friedens irgendwelche Opfer zu bringen, — daß dieser Recht behalte. Frankreich hat ein Interesse daran, den Krieg hinauszuschieben, Deutschland keines, alle Opfer, welche der Abwendung desselben gebracht werden, geschehen auf Kosten unserer Chancen für einen glücklichen Ausgang und in Wahrheit hätte man im jetzigen Augenblick in Paris mehr Grund, Noten und Depeschen des berliner Cabinets zu fürchten, als in Deutschland bei jedem französischen Fühler zusammenzufahren.

Trotz dem, daß der Zusammentritt des Reichstags vor der Thür steht, hat man in den letzten Wochen mehr vom Kriege als von den Wahlen gehört. Wollte man darum glauben, diese Wahlen würden sich unter dem Eindruck der Kriegsgefahr vollziehen, so würde man das Maß der politischen Bildung in Deutschland überschätzen. Während unablässig von Krieg und Kriegsgefahr geredet wird, rüstet man zu den Wahlen wie am Eingang eines ewigen Friedens d. h. ohne jede Rücksicht darauf, daß die nächste Legislaturperiode wahrscheinlich zugleich die nächste Kriegsperiode sein wird. Weil der Krieg noch nicht da ist, halten unsere Gegner es noch nicht für nöthig, die Eventualitäten desselben bei ihren Wahlagitacionen in Betracht zu ziehen. Sie wissen ebenso genau wie wir, daß ein Zusammenstoß mit dem westlichen Nachbarn auf die Dauer der nächsten drei Jahre kaum vermeidlich ist, daß ein Krieg sich nicht mit Grundrechten und Verfassungsparagraphen führen läßt, daß es bei einem solchen darauf ankommen wird, einen festgeschlossenen Staatsverband zu besitzen, und dennoch halten sie es für ihre nächste Pflicht, nicht diesem, sondern der Erweiterung der Volksfreiheit Garantien zu schaffen, nicht für die nächsten, sondern für die entfernteren Bedürfnisse zu sorgen. Sie heißen die „Consequenten“, weil sie nicht nach den Consequenzen ihres Handelns fragen, die „Entschiedenen“, weil sie nicht wissen, auf welche Entscheidung es eigentlich ankommt und weil sich von ihrer Politik nur so lange leben läßt, als es nicht zur Entscheidung kommt; tritt diese ein, so werden, wie vor einem Jahr, alle diejenigen bei Seite geschoben werden, welche nicht verstehen wollen, daß an die innere Einrichtung eines Hauses erst gedacht werden kann, wenn dieses Haus fertig und gesichert dasteht. Die Particularisten arbeiten auf Zustände hin, die Frankreich zum Kriege ermuthigen sollen und doch wäre der erste Kriegstag der letzte ihrer Existenz.

Verantwortliche Redacteurs: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt**.

Verlag von **F. L. Herbig**. — Druck von **Hüthel & Hegler** in Leipzig.